

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

stellungen nehmen die Rundfunk  
seitens der Französische Delegation  
aus. — Erfolgt vorläufig.  
Anspruch - Anschlag Nr. 33.

Anspruchswerte: Die Rechenschaftspflichtige  
Delegation für Anzeigen aus Aue und  
Umgebung zu Goldfrankfurter, aus-  
wärtige Anzeigen zu Goldfrankfurter,  
Reichs-Delegation zu Goldfrankfurter,  
amtliche Zeile zu Goldfrankfurter.

gramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postleitzahl-Konto: Amt Leipzig Nr. 1998.

Nr. 175

Dienstag, den 29. Juli 1924

19. Jahrgang

### Der Lösung entgegen?

Die große Flottenparade von Spithead hat vor 10 Jahren einen entscheidenden Wendepunkt bedeutet. Sie war das Signal nach Petersburg und Paris: Wir sind bereit. Der Krieg war damit eine vollzogene Tatsache geworden. An der gleichen Stelle hat am Samstag wieder eine gewaltige Flottenschau stattgefunden. Ihr äußerer Anlaß war die Ausstellung des englischen Weltreiches. Und wieder scheint sie einen Wendepunkt zu bedeuten. Auf der Fahrt nach Spithead haben zwischen den Premiersministern Unterredungen stattgefunden, die offenbar geeignet sind, die bisher ungelösten Probleme einer etwas rascheren Lösung entgegenzuführen. Noch sind die Dinge dem einzelnen nicht klar und übersichtlich genug, um schon ein Urteil zu fällen. Vielfach ist man nur auf Mutmaßungen angewiesen oder auf Meldungen französischer Blätter, bei denen man nie genau weiß, wo Tatsachen und Wünsche miteinander verschmolzen werden. Besonders der „Matin“, der am ausführlichsten über das in Vorbereitung befindliche Kompromiß berichtet, ist eine etwas trübe Quelle, ist es besonders, wenn wichtige französische Interessen auf dem Spiel stehen.

Zwei Fragen waren es vor allem, die in der vergangenen Woche die Teilnehmer der Konferenz mit ernsten Sorgen erfüllte: die Frage der Sanktionen und die Einladung an Deutschland, voll berechtigt an den weiteren Verhandlungen teilzunehmen. Herriot, der immer sehr ängstlich nach Paris steht und auf seinen Vorgänger Poincaré größere Rückichten nimmt, als für die Konferenz wünschenswert ist, hat sich durch einen juristischen Unterausschuß beschwichtigen lassen, das die Einladung an Deutschland aus dem Versailler Vertrag mit unbedingter Bestimmtheit folgt. Sie kann für den bloc national nunmehr als unvermeidliches Uebel gelten. Damit war man einen Schritt weiter da die Voraussetzung für Annahme des Londoner Protokolls durch Deutschland die Zulassung zu Verhandlungen war. Ein Diktat hätte kein deutscher Staatsmann an der Themse entgegengenommen.

Da sollte am Freitag Macdonald auch

Die Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes auf, die ja von Marx und Stresemann in London selbstverständlich angeschnitten worden wäre. Aber es ist für Herriot leichter, der Erdierung zuzustimmen, wenn die amerikanischen und englischen Bankiers es als Sicherheit für ihre Unleihe fordern, als wenn deutsche Minister es zur Voraussetzung ihrer Zustimmung machen. Theunis wie Herriot haben die Erdierung nicht mehr abgelehnt, sie sind jetzt bereit, auch diese Forderung des Dawesberichtes zu erfüllen, wenn auch vermutlich über die einzelnen Termine und Etappen in den nächsten Tagen noch hart gestritten werden wird. Dafür hat Herriot aber die freie Hand bei Sanktionen als unbedingt notwendig gefordert, und so weit wir es übersehen können, von Macdonald auch zugebilligt erhalten. Folgerichtig ist diese Stellungnahme des englischen Ministerpräsidenten nicht, auch können wir nicht anerkennen, daß sich dieses Sonderrecht Frankreichs in den Rahmen des Versailler Vertrages schießen läßt. In London wird unterstrichen, daß dieses Recht nur noch theoretisch besteht und daß Herriot persönlich jede Sanktion ablehnt. Daran zweifeln wir garnicht, wir sind nur ungewiß, ob sein Nachfolger sich an diese platonische Erklärung gebunden erachtet wird. Ebenso bedeutsam sind Fragen, die vorläufig noch hinter den Kulissen verhandelt werden sind, und über die wir noch im Dunkeln tasten. Es scheint, als ob die Franzosen, die mit besonderer Sorge dem 10. Januar kommenden Jahres entgegensehen, an dem Deutschland seine Handelsfreiheit wiedererlangt, an diesem Punkte eingesetzt haben. Pariser Meldungen sprechen mit bezeichnender Übereinstimmung davon, daß

### ein deutsch-französischer Handelsvertrag

geschlossen werden soll, der diese französische Sorgen behebt. Angeblich sollen sich auch die beiden amerikanischen Staatssekretäre Mellon und Hughes in der gleichen Richtung einsehen wollen. An und für sich ist es ganz selbstverständlich, daß ein französisch-deutscher Handelsvertrag zustandekommt. Das ist für uns genau so wichtig wie für die Gegenseite. Das endgültige Urteil hängt eben davon ab, wie die einzelnen Vertragsbestimmungen aussehen. Und noch eins spielt ganz offenbar eine beträchtliche Rolle. Die Frage der interalliierten Schulden ist von der Tagesordnung der Konferenz ausdrücklich ausgenommen worden. Das hindert aber naturgemäß nicht, daß sie in kleinerem Kreise dauernd erörtert wird. Hier stehen die Walliser Schuler an Schuler mit Belgien und Frankreich. Wir wissen nicht, ob der „Matin“ nur Wünsche ausdrückt, oder bereits gut unterrichtet ist, wenn er von weitgehenden Zugeständnissen Englands und Amerikas in dieser Frage spricht. Danach würden die Zinsen auf Jahre hinaus erlassen und sogar die Summe — es handelt sich für die Franzosen allein um 88 1/2 Milliarden Goldfrankens — niemals im ganzen Umfang mehr gefordert werden. Mac Donald soll die Streichung von 1/4 ihrer Schulden, die Frankreich in England zu bezahlen hätte, in Aussicht gestellt haben, und Staatssekretär Hughes hätte sich gleichfalls einem teilweisen Schuldenerlass geneigt gezeigt.

## Die Einladung an Deutschland.

Die Einladung erneut verschoben. — Die Republik wird gleichfalls eingeladen.

Die Geduld Deutschlands und seiner Regierung wird auf eine harte Probe gestellt. Die Einladung Deutschlands nach London lädt immer noch auf sich warten.

Wie Reuter meldet, beschloß die am Montag nachmittag zusammengetretene Konferenz die Frage der Einladung Deutschlands den Leitern der alliierten Delegationen zur Entscheidung zu überlassen.

Der Besluß, Deutschland einzuladen, ist jedoch endgültig gesetzt worden. Ghe aber die Konferenzarbeiten nicht genügend weit gefördert sind, wird es zwecklos gehalten, die deutschen Vertreter herzubitten. Gleichzeitig wird mit dem Eintreffen der deutschen Delegierten auch die Ankunft der Reparationskommission vorgesehen. Das ist eine technisch schwierige Frage, da jede Regierung, um irgendwelchen Milizverständnissen vorzubereiten, ihren Vertreter in der Reparationskommission einzeln auffordert, nach London zu kommen.

Es wird für den Tag der Ankunft der deutschen Delegierten, die nun für die zweite Hälfte der Woche erwartet werden, die Herstellung eines Dokumentes erwartet, das der Vollzüglich am Mittwoch überreicht werden soll und als Diskussionsgrundlage zu dienen hätte. Es wird aber an maßgebender Stelle betont, daß dieses Dokument der deutschen Delegation nicht in der Art eines Ultimatums vorgelegt werden soll.

Das amtliche Communiqué enthält den vollständigen Bericht der vor der vorigen Vollkonferenz ernannten juristischen Kommission. Dieser Bericht erklärt, nachdem er sich mit den Reparationsrechten und Verpflichtungen des Friedensvertrages von Versailles beschäftigt hat, daß Deutschland unter der Wirkung verschiedener Artikel dieses Vertrages mit Bezug auf gewisse Aktivitäten seiner Wirtschaft sich freie Hand darüber vorbehalte, ob es diese für seine Reparationsverpflichtungen nutzbar mache. Das Sachverständigengutachten unterscheidet sich von dem Friedensvertrag darin, daß es gewisse und besondere Finanzquellen namhaft mache, durch die Deutschland seine Zahlungen befriedigen könne.

Was die beste Methode anbetreffe, die von den Alliierten angewandt werden könne, um mit Deutschland ohne irgendwelche Verletzung des Friedensvertrages zu einer Einigung zu

kommen, sei festzustellen, daß die künftigen deutschen Maßnahmen zur Ausführung des der Konferenz vorliegenden Sachverständigengutachtens Gegenstand eines ganz besonderen Vereinakommens sein müßten. Da der Friedensvertrag von Versailles die Reparationskommission zum ausschließlichen Sachwalter der verbündeten Mächte für die Reparationszahlungen gemacht hat, sei es auch die Reparationskommission, die zu einer Vereinigung über diese Zahlungen mit Deutschland zu kommen versuchen müsse.

Auf der anderen Seite sei die Wiederherstellung der staatlichen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands keine Gelegenheit, die die Reparationskommission etwas angehe. Es sei nicht die Reparationskommission, die deutsches Gebiet besetzt habe, und es sei auch nicht die Reparationskommission, die in der Räumungsfrage zu entscheiden habe. Diese Frage gebe lediglich diejenigen verbündeten Regierungen etwas an, die deutsches Gebiet besetzt hätten, und die anderen verbündeten Regierungen, die nunmehr beabsichtigen, an der Wiederherstellung des Sachverständigengutachtens teilzunehmen, und natürlich auf der anderen Seite die deutsche Regierung.

Infolgedessen muß die Frage durch eine Einigung zwischen den verbündeten Mächten und Deutschland geregelt werden.

Wenn das Sachverständigengutachten in die Tat umgesetzt werden soll, muß ein Vereinakommen zwischen den verbündeten Mächten vorausgesetzt werden. Das treffe insbesondere für solche Fälle zu, in denen Deutschland eventuell gewisser „Verpflichtungen“ gegen seine Verpflichtungen überführt werden würde. Das sei eine durchaus und nur ausschließlich interalliierte Frage. Nichtsdestoweniger könne natürlich nicht abgesetzt werden, daß die deutsche Regierung mit Bezug auf die Annahme einer großen Waffenanleihe gerade an dieser Frage eng interessiert sei. Aus diesem Grunde sei es notwendig, der deutschen Regierung gewissermaßen ein Sanktionsprogramm bekannt zu geben, auf dessen Grundlage Deutschland mit den ausländischen Bankiers zu verhandeln in der Lage sein würde.

Um die Forderung des Sachverständigengutachtens und seiner Annahme als Ganzes gerecht zu werden, schlägt die Kommission vor, die drei zur Beratung stehenden Hauptprobleme in einem Protokoll zusammenzufassen und von der gegenwärtigen Konferenz unterzeichneten zu lassen.

Der Bericht legt klar, daß diese angeführte Regelung unbedingt die Einladung sowohl der Reparationskommission, als auch der Vertreter der deutschen Regierung in sich schließt.

### Das Pariser Kabinett stimmt dem Kompromiß zu.

Basel, 28. Juli. Der Basler Anzeiger meldet aus Paris: Das Pariser Kabinett hatte am Sonntag abend seine Beratungen über das Londoner Kompromiß betreffend die Sanktionen und die militärische Räumung beendet. Um 7 Uhr wurden den Journalisten Informationen gegeben, daß das Kabinett den Londoner Vorschlägen zugestimmt hat, vorausgesetzt, daß Deutschland keine neuen Vorbehalte macht.

## Die Belastung der Industrie aus dem Gutachten.

Paris, 28. Juli. „Echo de Paris“ veröffentlicht neue Einzelheiten über den deutschen Gesetzentwurf betr. die Industrie-Obligationen, der soeben der Reparationskommission zugeleitet worden ist. Das Dokument umfaßt 30 Blatt, die in 11 Kapitel und 31 Paragraphen zerfallen. Alle deutschen Industriefirmen, die mehr als 50 000 Mark Kapital haben, müssen die Last der neuen Obligationen tragen. Die Großindustrie, umfassend Stahl, Eisen und Kohle, ist mit 20 Prozent verpflichtet, die Maschinenfabriken und elektrischen Werke mit 17, die chemischen Fabriken mit 17 Prozent. Auch die Textilindustrie soll mit 17 Prozent belastet werden. Die Gesamthöhe der ausgegebenen Obligationen beträgt 5 Milliarden Goldmark. Alle Obligationen werden ausgegeben von einer neuen Bank, der Bank für Industrie-Obligationen. Der Aufsichtsrat besteht aus 14 Mitgliedern, vier Ausländern, drei Mitgliedern der R. p. o. und sieben deutschen Delegierten, von denen vier offizielle Vertreter der Reichsregierung sind. Diese 14 Mitglieder wählen einen Präsidenten, der mindestens zehn Stimmen auf sich vereinigen muß. Ein besonderer Kommissar wird für die Dauer von fünf Jahren von der Reparationskommission ernannt. Die deutsche Regierung haftet für sämtliche Obligationen, Zinsen und für die Amortisation. In § 9 heißt es:

Wenn die Zinsen oder die Amortisationsraten nicht gezahlt werden, kann der Kommissar von seinem Recht Gebrauch machen. Er kann nach einem Monat Vergang die notwendigen Summen von den Steuereinkünften des Reiches vorweg erheben.

Die deutsche Industrie wird dann die vom Reich vertragten Summen zurückverstatten haben.

Für die Dauer von fünf Jahren wird außerdem ein von der deutschen Regierung und von der Reparationskommission gewählter besonderer Schiedsrichter ernannt, der alle Streitigkeiten zu schlichten hat, die zwischen der Republik, dem Kommissar, der Reichsbank und der Bank für Industriekrediten entstehen. Abnimen sich die Reichsregierung und die Republik für die Wahl eines Schiedsrichters nicht einigen, so soll er vom Präsidenten des internationalen Schiedsgerichts im Haag ernannt werden. Der Kommissar überwacht besonders die Tätigkeit der Bank und hat das Recht, die Obligationen bis zu 50 Prozent zu verkaufen.

Ein besonderer Paragraph betrifft die Firmen mit einem Kapital von 1½ Millionen Goldmark, von denen nur ein Drittel der Obligationen verkauft werden kann. Die deutsche Industrie hat einen Monat lang das Vorkaufsrecht dieser Obligationen, die Steuerfreiheit genießen, solange sie sich nicht in Händen von Privatpersonen befinden. Die neue Bank wird mit einem Referenzkapital von 10 Millionen Goldmark ausgestattet. Es steht noch nicht fest, wann sie zu arbeiten beginnt.

## Kommunistische Putschpläne.

Wie das "Hamburger Fremdenblatt" aus zuverlässiger Quelle erzählt, bereiten die Kommunisten für Ende dieser Woche, besonders aber für den 4. August blutige Zusammenstöße mit der Polizei vor, in der offenen Absicht, einen Bürgerkrieg hervorzurufen. Die Aktion soll in Berlin durch ein Attentat auf eine hervorragende Verbindlichkeit eingeleitet werden. Die Kampftruppen sind militärisch organisiert. Zur Herbeiführung von Massenansammlungen plant man die Einberufung von Arbeitslosen und Kriegsbeschädigten-Versammlungen. Gewerkschafts- und Kriegsbeschädigte will man auch, ebenso wie die Kriegshinterbliebenen, besonders Frauen und Kinder, in die Kampffront schieben, um dadurch die Gegenwehr der Polizei zu verringern. Bewaffnete Angriffe auf Polizeistationen, Besetzung von wichtigen Behörden und Verwaltungsstellen sind geplant. In Hamburg beabsichtigt man trotz des Verbots der Polizei-Präsidenten am 3. August die geplante Massendemonstration doch durchzuführen, so dass mit einem Zusammenstoß mit der Polizei zu rechnen ist.

### Die Kampfwoche der R. P. D. verboten.

Berlin, 28. Juli. Das Polizeipräsidium hat die von den Kommunisten für die sogenannte kommunistische Kampfwoche vom 28. Juli bis 4. August einberufenen Versammlungen und anderen Veranstaltungen verboten.

### Der Prozeß gegen die Kommunistenführungs in der Reichswehr.

Leipzig, 28. Juli. Am 6. August beginnen weitere Kommunistenprozesse vor dem Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Niedner. Als Angeklagte erscheinen wegen Hochverrat am 6. August der Kommunist Dil und am 7. und 8. August die Kommunisten Fiedler und Genossen, im ganzen 11 Angeklagte, von denen 4 Reichswehrunteroffiziere bzw. Soldaten waren. Zu diesen kam ein zwölfter Angeklagter, der Obergefreite Gräfe, der bereits am 16. September v. J. im Gefängnis Selbstmord begangen hat. Die Reichswehrsoldaten haben Gewehre, Munition und Handgranaten gestohlen und der kommunistischen Partei Deutschlands gegen Entgelt überlassen.

### Die Beratungen des Aufwertungsausschusses.

Im Aufwertungsausschuß des Reichstags wurde am Montag die Vernehmung der Sachverständigen fortgesetzt. Die Sachverständigen stellen sich auf den Standpunkt, daß sich die Wirtschaft mit dem durch die dritte Steuernotverordnung geschaffenen Tatsachen abgefunden habe und eine Steuerregelung der Aufwertung über die dritte Steuernotverordnung hinaus nur Unsicherheit und Beunruhigung schaffen würde. Der Vertreter des Hauses und Grundbesitzes vertrat die Meinung, daß eine höhere Aufwertung als 15 Prozent unter bestimmten Voraussetzungen tragbar sei. Die dritte Steuernotverordnung könne keine Grundlage für eine Verhinderung des Publikums und der Wirtschaft bilden. Sie nehme gar keine Rücksicht auf den Hypothekengläubiger, Pfandbrief-

gläubiger, auf die Hausbesitzer, auf das Bauwesen, die Arbeitslosen und die Unfruchtbarkeit der Häuser. Sie nehme nur Rücksicht auf die sozialistischen Interessen von Staat und Gemeinden und lege deswegen einen großen Teil der Wirtschaft lähm.

### Abbruch der Verhandlungen mit dem Wicum.

Düsseldorf, 28. Juli. Die heute nachmittag geführten Verhandlungen der Schiedskommission mit dem Wicum sind abgebrochen worden. Wie verlautet, erfolgte der Abbruch, weil die geringen Zugeständnisse des Wicum der verschlechterten Wirtschaftslage, die besonders auch in der Zunahme der Fleischsichten zum Ausdruck kommt, in keiner Weise Rechnung tragen. Die Verhandlungen sollen nach Vollsitznahmen mit der Reichsregierung am Donnerstag vor mittag fortgesetzt werden.

### Reaktion Stinnes.

Die sozialdemokratische Reichsfraktion hat einen Gesetzentwurf zur Änderung des Gewerbeaufsteuergesetzes eingereicht, der die Aufhebung der im Jahre 1922 wieder eingeführten Steuerfreiheit des Ehemanns fordert. Das Gesetz soll mit Wirkung vom 1. April 1924 in Kraft treten. In einem Beitrag des sozialdemokratischen Zentralorgans wird dieser Gesetzentwurf als Reaktion Stinnes bezeichnet, da er durch die Tatsache veranlaßt ist, daß Hugo Stinnes seine Frau zur alleinigen Erbin eingesetzt und dadurch die ganze Erbschaft steuerfrei gemacht hatte.

**Das vorläufige deutsch-spanische Handelsabkommen.** Zu dem deutsch-spanischen Handelsabkommen wird dem deutschen Handelsdienst in Madrid geschrieben: Zwischen der deutschen und der spanischen Regierung ist ein Handelsabkommen geschlossen worden, durch das die spanische Regierung der deutschen die zweite Reihe des Zolltarifs für ihre Waren einträgt, ohne irgendwelchen Aufschlag. Außerdem gewährt sie derselben eine nennenswerte Reihe von Waren Zollermäßigungen bis 20 Prozent. Die deutsche Regierung hat der spanischen gegenüber die Meistbegünstigung für eine Reihe von Waren, Ermäßigungen beginnend. Konkurrenzpositionen von Positionen des deutschen Zolltarifs zugestanden. Das Abkommen ist bis zu einer Ratifizierung vorläufig durch einen Notenaustausch als modus vivendi vom 1. August 1924 in Kraft gesetzt worden.

### Vor der Beliegung des deutsch-russischen Konflikts?

Berlin, 28. Juli. Dem "Berliner Tageblatt" meldet man aus Moskau, von zuständiger russischer Seite wird dort mitgeteilt, daß die Lösung des deutsch-russischen Konfliktes unmittelbar bevorstehe.

### Ein politisches Attentat in Sofia.

Sofia, 28. Juli. Vergangene Nacht wurde der Redakteur der hier erscheinenden russischen Zeitung "Rus" namens Kalinkoff durch unbekannte Täter von der Straße aus in dem Augenblick erschossen, als er gerade zu Bett gehen wollte.

Berlin, 29. Juli. Gestern ist im Reichsarbeitsministerium ein Schiedsbruch gefällt worden, demzufolge die Gehälter der Beamten für Juli und August um 10 Prozent erhöht werden.

Wien, 28. Juli. Den Statistischen Nachrichten zufolge ist die Zahl der Arbeitslosen in ganz Österreich im Monat Juli dieses Jahres von 69 045 auf 68 083 zurückgegangen.

Wien, 27. Juli. Unter Teilnahme zahlreicher ausländischer Delegierter trat am Sonnabend der internationale Metallarbeiterkongress zusammen, in das Präsidium wurden Dombes-Destriech, Reichel-Deutschland, Solari-Bulgarien, Matkenna-London und Hansen-Dänemark gewählt.

Budapest, 28. Juli. Zur Regelung der Gehälter der städtischen Beamten gewöhnte der Staat den ungarischen Städten einen Kredit von 75 Milliarden. Den Anteil der einzelnen Städte hat der Minister des Innern festzustellen. Die Aufsicht wird in drei Raten ausgezahlt, wovon die erste bereits im August fällig ist. Die Vergütung beträgt 10 Prozent.

Bukarest, 28. Juli. Auf Grund der Bestimmungen des Belagerungszustandes ist die Auflösung sämtlicher kommunistischen Organisationen angeordnet worden. Gegen die sozialistischen Organisationen werden keine Maßnahmen ergreifen.

## Von Stadt und Land.

Nr. 29. Juli.

### Pilze.

Die Sammelzeit für Pilze ist wieder gekommen, die mindestens bis Ende Oktober dauert. Wertvollerweise hat der deutsche Haushalt, vor allem der einfache, den im wildwachsenden Pilz ruhenden Nährwert wenig zu schätzen und auszu nutzen gewußt; so hat z. B. Thüringen einen großen Pilzreichtum der edelsten Sorten, der aber einfach brach liegt; ähnlich steht es in manchen Schwarzwaldgegenden, wo reiche Pilzbestände in den Wäldern verkommen, weil niemand sie sammelt. Unter Erzgebirge bildet da eine ähnliche Ausnahme, wo die Menschen nichts umkommen lassen, was ihnen die alltägliche Natur in Wald und Wiese spendet. Über Voricht beim Sammeln der Pilze ist notwendig. Wie in den letzten Jahren beobachtete große Zahl von Pilzvergiftungen mahnt zur Vorsicht beim Einsammeln von Pilzen. Die meisten Unglücksfälle sind nicht — wie vielfach leichtlich angenommen — auf den Genuß verdorben, sondern giftiger Pilze zurückzuführen, die nicht auf Märkten gekauft, sondern von unfähigen Personen gesucht worden sind. Es kann nicht bringend genug gewarnt werden vor dem Einsammeln und dem Genuss von Pilzen, die dem Sammler nicht sicher als unschädlich bekannt sind. Ganz irrig ist die leider noch immer weit verbreitete Ansicht, daß es allgemein giftige Erkennungszeichen für ebbare oder giftige Pilze gebe, wie Milchsaft, fleckige Beschaffenheit des Hutes, Braunfärbung eines in das Pilzgericht eingetauchten albernen Löffels, Verschränkung einer mitgezogenen Zweige. Allein die genaue Kenntnis der besonderen Merkmale der einzelnen ebbaren und giftigen Pilze schützt vor schädlichen Folgen. Zur Verbreitung solcher Kenntnis hat das Reichsgeundheitsamt die wichtigsten ebbaren und die wichtigsten schädlichen Pilze in einem Pilzmerkblatt zusammengestellt, das eine Reihe von Beschreibungen und eine Tafel mit 34 farbigen Abbildungen enthält. Das jetzt in neuer, erweiterter Ausgabe im Verlage von Julius Springer — Berlin W 9, Linkstr. 23/24 — erscheinende wohlfelde Pilzmerkblatt kann von dort oder im Wege des Buchhandels bezogen werden. Natürlich sind darin auch die Erkennungsmerkmale der Knollenblattschwämme, der gefährlichsten aller giftigen, angegeben und an farbigen Abbildungen erläutert. Auch sind diese Pilzarten die ihnen ähnlichen ebbaren Pilze gegenübergestellt.

## Die Herweghs.

Roman von Liesbet Ill. Copyright by M. Feuchtwanger Halle a. S. (11. Fortsetzung.)

Sie reisten über den Brenner nach dem Gardasee und von dort nach Verona, Vicenza und Padua. Überall blieben sie, wie vorausgeschrieben, zwei Tage. Sie sahen Kirchen, Paläste und Brücken, Museen mit Gemälden und Statuen, und nahmen diese Bilder mit dem Hunger des Jugend in sich auf. In Venedig fuhren sie in Gondeln über den Canal Grande und wohnten in einem Palazzo, in dem die Schönheiten aus bemaltem Blech und die Fußböden aus roten Ziegelsteinen befanden die mit gesetzten Teppichen belegt waren. Für Benedetto hatte der General nur vier Tage, für Florenz aber sechs vorgesehen. Grete aber wäre lieber länger in Venedig geblieben. Sie hatte dort eine wundervolle Konditorei am Marktplatz entdeckt, und in Florenz regnete es ununterbrochen. Doch Ernst bestand auf dem Verbleiben des Plans. Er fürchtete, daß sie sonst etwas von den Schönwürdigkeiten Italiens verlieren würden.

In Rom blieben sie zehn Tage in einem "von Deutschen bevorzugten Hotel". In dem sogar der Hausschreiber aus Eisenhausen war. Grete hielt mit allen Hotelbediensteten Gespräche an, was immer etwas kostet, denn diese Unbekannten tauchten dann beim Abschied als Freunde bei der Haustür auf. Grete war die angenehmste Reisegesährerin.immer heißer, guter Laune, immer bereit, mitzumachen, schaute sie vor seiner Anstrengung zurück. Sie war auf südländischen Maulzahn anstellen Bergabfahrten entlang geritten, und als ihnen

einmal in Genua das Rad der Trotsche absprang und der Wagen umstürzte, lachte sie Tränen. Sie sah überall komisches und gewann mit dieser Liebenswürdigkeit, die im Rheinland so billig ist, Witze, Kellner und Blumenmädchen.

Von Genua aus machten sie einen Aufstieg an die Riviera di Ponente, blieben einen Tag in Turin und einen in Mailand, wo sich Grete einen roten Chiffonhut erstand. Als sie an die italienischen Seen kamen, war es schon heiß, die Sonne war zu Ende und sie fanden gähnend leere Hotels. Trotzdem sahen sie sich Como und Lugano an, fuhren über den Lago Maggiore, blieben in Verona über Nacht und fuhren befreit über den verkleinerten Brenner zurück, denn jenseits der deutschen Grenze war es noch Winter. Auf der Rückreise erholte sich Grete und mußte in Lugano drei Tage im Bett bleiben.

Diese stillen Tage benutzte Ernst, um allein durch die schöne freie Stadt zu schweifen und seine Kleidungsstücke niederauszureihen. Er gedachte sie später herauszugeben in gutem Druck und seinem Verleihband.

Von dieser Reise behielt Ernst eine Erinnerung wie an ein Paradies, das man scheuen Schritten betreten hat und durch das man wie berauscht wandelt.

Nun waren sie verheiratet. In seinem Büro sahen zwei Schreiber, die vorläufig nicht viel mehr zu tun hatten als Botendienste für die junge Frau zu besorgen. Der Haushalt wurde so läppig geführt, wie er eingetrichet war. Grete wollte alles in großem Stil, denn das war wieder auf Ernst's Pragis ein glänzendes Licht. Die drei ersten Klienten, die das funkelndneue Rechtsanwaltsbüro betraten, waren ein Stammtischfreund Kallins, der Biegeleibesitzer Winterich, sein Haush-

wirt Goldenberg und ein Postbote, der wegen Diebstahl angeklagt war.

Alle drei Fälle waren gleichermaßen verwirkt.

Herr Winterich hatte mit dem Geld vieler Aktionäre, unter denen sich auch Kollin befand, in der Rheinebene, in dem Südbaden Eppenhausen, eine große Biegelei erbaut die aber keine Binsen abwarf, weil sich zur selben Zeit eine Konkurrenzgiefelei in der Nähe ausgetragen hatte. Dadurch waren Streitigkeiten und Prozesse entstanden, die bis jetzt zu nichts geführt hatten, als daß die Aktien der Gesellschaft derartig sanken, daß sie niemand mehr kaufen, aber alle Mitglieder sie loswerden wollten. Auch Herr Kollin wollte die seinen abstoßen. Hierzu durfte aber sein Freund Winterich nichts erzählen, und er hatte Ernst betraut, das "unter der Hand" zu arrangieren. Der junge Anwalt ging nun mit Bollampf gegen die Konkurrenzfabrik vor, die ein erfahrener Unternehmer führte. Er fuhr nach Spessart, einem alten, engen, kleinen Südbaden, und leitete die Sache im Sinne seines Schwiegerbaters vor sich hin. Man mußte erst das Unsehen der Winterich-Giefelei heben, und wenn diese Witterung wieder fliegen, sie rasch abstoßen, denn Kollin hatte fünftausend Mark hineingesteckt, die er zu anderen Zwecken brauchte.

Herr Goldenberg verband seinen Wohlstand nicht allein seiner Fabrik, er ließ auch Geld aus an Witwen und Handwerker, die alle einen großen Verlust vor ihm hatten, denn er trieb seine Binsen unerbittlich am Verfalltag ein. Er mäßigte in der ersten Steuerklasse Rheinaus, bezog große Geschäftshäuser in der Stadtmitte und führte beständig Prozesse gegen die Stadtverwaltung.

(Fortsetzung folgt.)

**Geschäfts-Rentenmark-Scheine über 5 Mark im Verfalle.** Das Publikum sei darauf aufmerksam gemacht, daß sich eine Anzahl Rentenmarkscheine über fünf Rentenmark im Verfalle befinden, die unter Verwendung von roter und schwarzer Tinte mit Wasserzeichen mit der Hand hergestellt sind. Wasserzeichen und Farben fehlen. Wer sich vor Schaden schützen will, verweise etwas Sorgfalt bei der Annahme von Geldscheinen und übergebe gefälschte Scheine und den Herausgeber der Polizei.

**Landes-Pausaunenfest.** Unter großer Teilnahme aus ganz Sachsen fand am Sonntag in Reichenau das zehnte Pausaunenfest des Sächsischen Verbundes des Bundes christlicher Pausaunenchöre Deutschlands statt. Es waren etwa 500 Musiker anwesend. Der Gesamtvorstand wurde von einer großen Mehrheit wiedergewählt, ebenso der Verbandsdirigent. Am Nachmittag und am Abend fanden Festkonzerte statt.

**Die knatternden Motorräder.** Die lebhaftesten Klagen der gesamten Bevölkerung über die unangenehmen Geräusche der Motorräder, die, neben dem Staub und Betriebsgeräuschen, Städte und Landstrassen beherrschen, haben die Reichs- und Staatsbehörden zum Einschreiten veranlaßt. Das Reichsverkehrsministerium weist darauf hin, daß nach der Reichsverordnung über den Kraftfahrzeugverkehr vom 15. März 1923 die Kraftfahrzeuge so beschaffen sein müssen, daß jede irgend vermeidbare Belästigung ausgeschlossen ist. Insbesondere ist der Führer verpflichtet, dafür zu sorgen, daß „eine nach der Beschaffenheit des Kraftfahrzeuges vermeidbare Entwicklung von Geräusch“ in seinem Hause eintritt. Das Deffern von Auswurfflappen innerhalb geschlossener Ortszelle ist ausdrücklich verboten. Die Vorschriften gelten auch für Kleinmotorräder. Die Polizeibehörden sind zu strenger Kontrolle verpflichtet worden.

**Der Raumförderer Retoma ausgebrochen.** Am Sonnabend vormittag ist der vor neun Tagen verhaftete 19 Jahre alte Elektrotechniker Johann Retoma, der verdächtig ist, mit zwei anderen Komplizen am 22. Juni in Petersdorf die 82-jährige Mutter und die Schwester des Fleischermasters Schäfer ermordet und überaut zu haben, aus dem Amtsgerichtsuntersuchungsgefängnis in Lauenstein ausgebrochen, nachdem er den Wärter, der ihn früh aufzuführen wollte, zu Bodengeschlagen hatte. Seine in Wien verhafteten Spieghelfer, der 28-jährige Schuhmacherjunge Glaser und der Textilarbeiter Friedl, sind noch hinter Schloß und Riegel. Alle drei sind noch eines weiteren Mordes verdächtig. Polizei und Gendarmerie sind sieberhaft tätig, den flüchtigen Retoma wieder einzufangen.

**Die Ausstellung für das Gastwirtschaftsvermögen vom 10. bis 17. August in Zwickau,** die anlässlich des 38. Verbandstage des Sächs. Gastwirtschaftsverbands stattfindet, berechtigt zu den besten Hoffnungen. Es ist befürchtet eine alte Gepllogenheit, mit dem Gastwirtschaftstag eine Ausstellung zu verknüpfen, wodurch der Verbandstag noch einen besonderen Reiz bekommt. Zwickau hat sich bemüht, diesmal etwas ganz Besonderes zu bieten. Es wird den Gastwirten Sachsen eine der größten Hochausstellungen zeigen, welche man auf den sächsischen Verbandstage bisher gesehen hat. Aussteller aller Branchen werden vertreten sein, sobald die Besucher auf ihre Kosten kommen.

**Das Wiedersehen der Kriegsgesangenen.** Unter den Wiederschenseltern, die jetzt überall in Deutschland alte Kriegskameraden zusammenführen, hat Dresden am Sonnabend und Sonntag eine besondere gehabt: die ehemaligen Kriegsgefangenen sandten sich dazu ein. Und wenn gemeinsames Kriegserleben feste Bande um die einzelnen geschlossen hat, die Gefangenenschaft hat sie noch enger verketzt. Waren diese Männer nicht überall hergereist, die da in lichterhellen Vereinshaussaale an mächtigen, blutengeschmückten Tafeln saßen! 50 lächelnde Truppengruppen der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener waren vertreten, dazu gab es Gäste aus Berlin, Magdeburg, Dessau, Gera, Hamburg, Bremen aus Russland, ja aus der Steiermark. In einem Doppelgedanken hatten sie sich zusammengefunden, diese Männer, von denen manches schweres inneres und äußeres Erleben noch heute im Gesicht gezeichnet steht, und genannt oder ungenannt, war das zweites liebstes Inhalt dieser Freierstunden: Heimat und Freiheit.

**Warnung vor spanischen Schachschwindlern.** Die spanischen Schachschwindler, die vor dem Kriege Deutschland mit ihren Schindelbriefen förmlich überschwemmten, glauben, daß ihr Weizen in Deutschland wieder zu blühen beginnt. So sind der Leipziger Kriminalpolizei in den letzten Tagen von mehreren Schachschwindlern die ersten Schindelbriefe nach dem Kriege übergeben worden. Die Adressaten dieser Briefe erhalten zunächst ein Schreiben, in dem der Absender mitteilt, er sei wegen Bankrotts verhaftet worden. Er verlangt von ihm, daß er nach Madrid komme, die Prozesskosten (7000 Pesetas) für ihn bezahle, dormit ihm sein Koffer ausgehändigt werden könne, in dem ein Scheck über 24 000 Pfund Sterling, die in Deutschland deponiert seien, in einem Gehäuse stecke. Von diesem Sicherheit erhält ein Drittel (8000 Pf. Sterling) als Belohnung zu. Die ganze Sache ist selbstverständlich Schwindel. Man lasse sich daraus nicht ein, übergebe vielmehr die Schreiben der Kriminalpolizei.

**Mietzinssteuer.** An der gestrigen Notiz über die Aufwertungssteuer vom Grundbesitz wird uns mitgeteilt, daß die Grundstücksbesitzer die Herabsetzung der Steuer auf 20 Prozent können, wenn die Gebäude am 1. Juli 1914 (nicht 1924) entweder unbefestet waren oder deren privatrechtliche Belastung nicht mehr als 20 Prozent des Gesamtwertes betrug.

**Wochmarkt in Nuremberg am 28. Juli 1924. Umlaufende Preisanerkennungen:**

Ochsen 1. Qualität	48 Pf.	Rinder und Rübe
2. "	45 "	4. Qualität 40 Pf.
3. "	40 "	5. " 20-30 "
4. "	90 "	Rinder 1. " 50 "
Bullen 1. "	43 "	2. " 80 "
2. "	38 "	Schafe 55 "
Rinder und Rübe		Schweine bis 1 1/4 J. 70 "
2. Qualität	48 "	fett 73 "
3. "	45 "	fleischige 68 "

Geschäftsgang flott.

**Zwickau.** Auszeichnung. Herr Theo Wezel vom Turnverein j. P. Zwickau (D.T.) wurde vom Deutschen Reichsausschuss für Leibesübungen als öffentliche Anerkennung für vielseitige Leistungen auf dem Gebiete der Leibesübungen das Turn- und Sportabzeichen in Bronze verliehen.

**Petersdorf.** Folge der Bodenreform. Durch die siehe Bodensenkung in Kohlengruben der Flur Oelsnitz

E. ist auch die elektrische Überlandbahn Döbelnstein-Großschönau-Gersdorf-Oelsnitz i. E. in Betriebsbereitschaft gesetzt. Die Bahn führt jederzeit bis zur Endstation Rathausplatz Oelsnitz. Durch die Bodensenkung und durch Grundwasserbeschaffung läßt sie seit einiger Zeit nur noch bis zum Rathaus Groß-

Gersdorf L. B. Schaden neu. Am Sonnabend brach in dem Wohnhouse der Witwe Thold in der Webergasse Feuer aus. Das Haus ist vollständig niedergebrannt. Die Bewohner konnten sich sämtlich retten. Das Übergreifen auf die Baumwollspinnerei wurde verhindert.

**Plauen.** Unglücksfall. — Selbstmord. Ein

18jähriger Schulnabe hatte sich hier auf unbekannte Weise Schwanzpulver zu verschaffen gewußt. Im Gegenwart mehrerer Spielpartnern brannte er ein Feuer an. Infolge der dadurch entstandenen Stichflammen erlitten mehrere Knaben erhebliche Brandwunden im Gesicht und an den Händen. —

Eine 18jährige ledige Geschäftsbücherin aus dem Stadtteil

Döbelnbrunn hat sich auf den Schienen der Leipzig-Döbeln-Eisenbahn in der Nähe des Schlachthofes überfahren lassen.

Der Kopf war vom Rumpf getrennt.

**Plauen.** Im Streit erschossen. An Leubnitz ist

der verheiratete Schlosser Wädler. Vater von drei Kindern, von dem ebenfalls verheirateten Waldarbeiter Burauer nach

einem politischen Streit erschossen worden.

**Leipzig.** Auch Leipziger als Opfer da. — man n. ? An einer unläufig erschienen Notiz der Leipziger Polizei waren eine Reihe Ereignisse aufgeführt worden, die sich im Besitz des Mörders Haarmann befunden hatten. Es wurde mitgeteilt, daß die näheren Beschreibungen auf dem Leipziger Polizeiamt eingesehen werden könnten.

Wie wir hören, haben sich bei dem Leipziger Polizeiamt auch eine Anzahl Angehöriger Vermisster gemeldet, die Interesse daran hatten, sich über die in Betracht kommenden Ereignisse, die in einer umfangreichen Druckschrift genauer beschrieben sind, zu informieren. Es ist indes bisher nichts darüber bekannt geworden, daß irgendwie ein Zusammenhang zwischen dem Vermissten einiger Leipziger aus früheren Jahren und der Affäre Haarmann besteht.

**Leipzig.** Die Leipziger Staatsanwaltschaft hat in diesen Tagen zehn äußerst gerissenere Schwindlern in Leipzig und Dresden das Handwerk gelegt. Der Hauptschindler scheint der frühere Strumpfhändler Paul Pfaff zu sein, der sich in Leipzig als Textilhändler ausgab. Gemeint ist mit einem etwa 23 Jahre alten Beamten Lösch aus Penkendorf der Verdacht, daß er zahlreiche Leipziger Firmen um ziemlich ansehnliche Beträge geschädigt. Pfaff hat eine große Anzahl Scheine, die sein Freund Lösch, der eine Bank unter der Firma „Penkendorfer Handels- und Gewerbebank“, errichtet hatte, Textilgeschäften übergeben und sich auf diese Weise große Waren erschwindelt. Die genannte Bank versuchte weiter über Betriebskapital noch irgendwelches Inventar, die gesuchte Einrichtung bestand aus einem Tisch und einem Stuhl. Pfaff verstand es, die Textilfirmen dadurch zur Übergabe von Waren zu veranlassen, daß er ihnen angab, es handle sich um tatsächliche Scheine, die prompt bezahlt würden.

**Döbeln.** Sängertag. Der Sängerbund Saxonia holt am Sonntag hier seinen alljährlichen Sängertag ab. Dieser Frei die gemeinsame Nutzung des Sängerkreises ist. Die Bundesvereine zogen mit Musik vom Bahnhof zum Schützenhaus. Dort wurden vormittags und nachmittags unter Leitung des Bundesliedermachers Hohenberger, Döbeln, die für das Deutsche Sängertreffen in Hannover bestimmten Maßnahmen getragen. In der Mittagspause zogen die Bundesvereine nach dem Obermarkt und sangen dort einige Lieder.

**Dresden.** Fluchtversuch durch den Schornstein. In der Nacht zum 20. Juni hatten Einbrecher von Keller aus einem schweren Einbruch in das Juweliergeschäft Johannstraße 19 verübt und dabei große Beute gemacht, konnten aber in den letzten Tagen in Heidenau und Pirna festgenommen werden. Es waren dies ein Schlosser Paul und der Arbeiter Wanja. Letzterer hat den Versuch unternommen in Pirna gestohlene Alberne Löffel zu verlaufen. Dieser Spülkübel wurde in die sogenannte Kronstiege geworfen. In der Nacht zum Sonnabend hatte Wanja den darin befindlichen Ofen eingerissen um durch die Eße zu flüchten. Der Ausbruchsversuch wurde noch rechtzeitig bemerkt, der völlig verrückte Ein- und Ausbrecher hinaus sofort dem Amtsgerichtsgefängnis in Pirna aufgeführt.

**Dresden.** Preiserhöhungen und Erhöhung. Der Brotpreis wurde hier um 2 auf 54 Pf. erhöht. Dagegen haben die städtischen Werke den Gaspreis von 20 auf 18 und den Einheitsstrompreis von 48 auf 45 Pf. erhöht in der Erwartung, daß Handel und Industrie entsprechende Preisssteigerungen vornehmen werden.

**Bautzen.** Ein veralteter Schießprügel. An Amt wollte ein Kirchenpächter die in den großen Schwärmen austretenden Stiere vertreiben und schoß zu diesem Zweck mit einem veralteter Konstruktion. Aus noch unaufklärbarer Ursache ging aber die Ladung nach hinten und traf den Schützen so schwer ins Gesicht und in beide Augen, daß er sofort zu einem Augenarzt gebracht werden mußte.

**Altenburg.** Gebraundmarkte Vorstandsnachrichten: Der hiesigen Ortsgruppe des Internationalen Bundes der Kriegsopfer war eine Haussammlung erlaubt worden, die dreihundert Mark und eine große Menge Lebensmittel einbrachte. Anstatt aber das Geld und die Nahrungsmittel an die notleidenden Mitglieder zu verteilen, verbrauchten die Vorstandsnachrichten der Ortsgruppe, Alfred Hartmann, Hermann Wünschmann, Ernst Dietrich und Richard Bösel, alle vier Arbeitervolksdörfer, die Nahrungsmitte für sich und verhinderten einen Teil des daren Geldes bei einem Becherglage. Weil sie sich in dieser schändlichen Weise benommen und die Armuten der Armen geschädigt haben, werden sie durch die Polizei in den hiesigen Blättern gebrandmarkt.

**Sondershausen.** Großfeuer. Gestern morgen wurde das um Bahnhof befindliche, in diesem Jahre neu erbaute Postgebäude des Spediteurs Rother bis auf die Urfassungsmauer vom Feuer zerstört. Auch die angrenzenden Wohnräume des Bestatters wurden vernichtet. Der Schaden ist erheblich, da große Vorräte an Stroh und Papier vorhanden waren.

**Halberstadt.** Eine Auszeichnung des Schöpfers der Halberstädter Wurst. Dem Besitzer der Halberstädter Wurst- und Fleischkonserverfabrik Heine & Co., Halberstädter Friedrich Heine, hier, wurde durch eine Abordnung seiner Geburtsstadt Bahrenborst bei Magdeburg, der er jetzt viel Gütes erwiesen hat, das Ehrenbürgertum angezeigt.

## Recht muß doch Recht bleiben.

Wir aber wollen, daß denen, die Gott lieben, alle Dinge zum Besten dienen. Rom. 8, 28.

Wenn der Wanderer von der Högerhaushöhe herabsteigt daß in bezaubernder Schönheit und Stille inmitten ausgedehnter Waldungen liegende Sosa, umgeben von englisch bearbeiteten fruchtbaren Feldern und Wiesen liegt sieht, läßt er nicht, daß die Bewohner dieses Dorfs sich in diesen Tagen in unheimlicher Angst befinden. Gestern war der Höhepunkt. Es geht gegen den Ortspächter, für dessen Entfernung aus dem Ort Unterrichten gesammelt wurden und gegen einen Lehrer, der nicht Gott hat, mit keiner Heizung länger zu warten. Und was erzeugte die gestrigste Siedelkrieg? Die Wohnung eines nervenleidenden Lehrers, der nach langerem Aufenthalt in einem Sanatorium jetzt in Merano mit seiner Frau und einem Kinder Ferientage verlebt, wurde durch einen Berichtsschreiber und Gehilfen auf Betreiben der Kircheninspektion zwangsweise ausgeräumt, damit sie dem heiterstümlichen Hilfslerner, der den Kirchenlehrer versucht, zu Vergeltung gestellt werden kann. Die Vorgänge in Sosa sind bedeutungsvoll genug, um auf die Vorgeschichte etwas näher einzugehen.

Vor einiger Zeit wurde der Gemeinde Sosa vom Kultusministerium der Lehrer Richter 2 zugestellt und ihm gleichzeitig eine Wohnung im Schulhaus, die schon über 2 Monate leer stand, ausgewiesen. Der Lehrer bezog die Wohnung. An diese hatte aber bis zur Kirche Sosa ein Recht. Sie mußte demjenigen Lehrer zur Verfügung stehen, der die Kirchenmusikalischen Dienste verrichtete. Die Kirche zeigte deshalb den Lehrer Richter 2 bei der Staatsanwaltschaft an wegen Einbrüchen in die Wohnung. Er wurde natürlich freigesprochen, weil ihm die Wohnung vom Ministerium angeboten worden war. Nunmehr erhob die Kirche gegen den Lehrer Raumanspruch, weil sie inzwischen einen Hilfslerner des Ortes Schödl, 24 Jahre alt, als Kantor gewählt hatte und diesem die Wohnung zugängig machen wollte. Der Lehrer Schödl will eine Tochter eines Ortsbewohners heiraten und damit nicht länger warten, obwohl er in diesem Hause der Schwiegereltern ein Jahr lang ganz beschaulich gewohnt hat und auch dort nach der Verheiratung seinen Haushalt im geräumigen Haus, in dem sich früher 2 Wohnungen befanden und das jetzt die Schwiegereltern allein bewohnen, unterbringen konnte. Der Lehrer Richter 2 wurde schließlich vom Landgericht Arnstadt verurteilt, die Wohnung zu räumen. Das Urteil war gegen Sicherheitsleistung von 600 Mark vollstreckbar. Die Kirche zahlte die 600 Mark und das Herausziehen des Lehrers Richter 2 wurde gestern wie beschrieben initiiert. Die Gemeindemitglieder standen den Dingen nicht teilnahmslos gegenüber, zumal sie schon aus anderer Veranlassung sich mit ihrem Ortspächter, der neben Schödl die treibende Kraft des Vorhabens gegen Richter 2 sein soll, auseinandersetzen mußten. Sie hielten am 21. Juli eine von etwa 300 Personen besuchte Versammlung ab. In ihr wurde beschlossen, mit der Kirche zu verhandeln, dahingehend, daß mit der Raumabzumming gewarnt würde, bis der Lehrer Richter 2, der schon bislang um Erlangung einer anderen Stelle bemüht war, eine anderweitige Anstellung gefunden habe. Und das Vorhaben der Kirche und des Lehrers Schödl wurde in dieser Versammlung scharf gemobilitiert. Das hinderte aber die Ermittlung des Lehrers Richter 2 nicht, der Schödl kam herbei, öffnete die Räume, die Löbel wurden in zwei kleine Zimmer und in die beiden Kommer zusammengebracht und vier Räume stehen nun zum Bezugs durch den Neubewohner bereit.

Hölder Friede, lühe Eintracht weile freundlich . . .

## Kunst und Wissenschaft.

**Gold aus Quecksilber.** Wir berichteten kürzlich von der Entdeckung des Geheimrats Miethe, aus Quecksilber Gold herzustellen. An den ungeheuren Kosten scheiterte die praktische Verwertung. Der „Berl. Volks-Anzeiger“, dem wir die Verantwortung überlassen müssen, berichtet jetzt von der Errichtung eines elektrischen Ofens, der die Verwertung erleichtern soll. Wenn es mit der von Geheimrat Miethe benutzten Quecksilberlampe gelingt, nur sehr wenige Ureinheiten Quecksilber zu zertrümmern, so gelingt es mit dem Lohmannischen Ofen in viel kürzerer Frist, 3 Kilogramm Quecksilber in nicht länger denn 10 Minuten vollkommen zu zertrümmern, so daß mit dem Lohmannischen Ofen unbedingt schon der wesentlichste Teil zur Lösung des Problems vorhanden ist. Es würde sich nur noch darum handeln, die besten und wirtschaftlichsten Bedingungen zur Umwandlung des Quecksilberatoms in Goldatome zu erforschen, um so zur wirtschaftlichen Herstellung des Goldes aus Quecksilber zu gelangen. Zusammenfassend kann, so erklärt das Blatt, der heutige Stand der Wissenschaft dahin präzisiert werden, daß die wirtschaftliche Ausweitung der Wissenschaft absolut unmöglich ist, da der hierzu wesentlichste Teil, die Apparatur z.B. des Ofens, mit benutzt nur Quecksilber, sondern auch andere, viel schwerer schmelzbare Stoffe, wie Eisen, Antim. usw. zertrümmert werden können, vorhanden ist, wohingegen nur noch die Forschung Mittel und Wege finden muß, um hieraus gewollte Verbindungen und Elemente entstehen zu lassen. — Da wird wohl die Schwierigkeit liegen.

## Letzte Drahtnachrichten

**Deutschlands Einladung am Donnerstag oder Freitag.**

London, 28. Juli. Die Einladung an Deutschland wird wahrscheinlich Donnerstag oder Freitag abgesandt. Hieraus darf jedoch nicht gefolgt werden, daß die Konferenz beabsichtigt, den deutschen Vertretern irgend eine Entscheidung aufzuzwingen. Die von der Konferenz vorbehalteten Schriftsätze werden lediglich als Grundlage für die Unterhandlungen dienen. Man ist der Meinung, daß es zwecklos sei, Deutschland einzuladen, solange nicht ein Vereinommen unter den Alliierten erreicht ist.

Berlin, 28. Juli. Der berühmte Pianist und Lehrer an der staatlichen Akademie der Künste, Professor Arturo Faloni, ist am Sonntag früh nach monatelanger Krankheit an Krebsleid gestorben. Vom „Montagspost“ planen die amtlichen Stellen eine Trauerfeier, die am Dienstag in der Akademie der Künste stattfinden soll.

Berlin, 29. Juli. Der 19jährige Raubüberretter Retoma, der aus dem Amtsgerichtsgefängnis in Lauenstein entwunden war, ist nach einer Blättermeldung aus Dresden in Fürstenau bei Weising wieder festgenommen worden.

